

WIRTSCHAFTSKRIMINALITÄT

Wirecard-Skandal: Erste Klage gegen Ex-Chef Braun in Österreich

▪ Der Finanzdienstleister scheidet zum 24. August aus dem DAX aus.

vom 19.08.2020, 18:43 Uhr | Update: 19.08.2020, 22:28 Uhr



Die erste Anlegerklage richtet sich gegen den aus Österreich stammenden früheren Wirecard-Chef Markus Braun.
© APAweb / afp

Mehr zu diesem Thema



Deutsche Gewerkschaft will Betriebsrat bei Wirecard gründen

👍 1 💬 1



Wirecard-Aktie im Sinkflug

👍 2 💬 1

Im Wirecard-Skandal ist nun eine erste Anlegerklage in Österreich eingebracht worden. "Auf Grund der Vielzahl an geschädigten österreichischen Anlegern" haben heimische Anwälte gemeinsam mit deutschen Partnern eine Gruppenintervention initiiert. Die Klage richtet sich gegen den aus Österreich stammenden früheren Wirecard-Chef Markus Braun. Auch die Rolle von heimischen Banken wird beleuchtet.

Der Finanzdienstleister scheidet außerdem nun zum 24. August aus dem DAX aus. Als Nachfolger steigt der im M-Dax gelistete Essenslieferdienst Delivery Hero in den Dax auf, wie die Deutsche Börse am Mittwochabend mitteilte. Der Ausschluss von Wirecard ergibt auch Änderungen in den anderen Indizes: Im Tec-Dax rückt LPKF Laser & Electronics auf, der Anlagenbauer Aixtron steigt in den M-Dax auf und der Baumarkt Hornbach in den S-Dax.

"Die Klage gegen Ex-CEO Braun ist eine flankierende Maßnahme zu den in Deutschland zu verfolgenden Ansprüchen, insbesondere gegen den Wirtschaftsprüfer", erläuterte Roman Taudes von der Kanzlei Aigner, Lehner, Zuschin und Partner am Mittwochabend gegenüber der APA. "Durch die Kooperation im Rahmen der Gruppenintervention soll sichergestellt werden, dass die Ansprüche sowohl in Deutschland als auch in Österreich zielführend verfolgt werden und die geschädigten Anleger einen lokalen Ansprechpartner haben." Kooperiert wird mit der deutschen Rechtsanwaltskanzlei Rotter Rechtsanwälte.

Interessenskonflikt bei Banken wird geprüft

"Wie sich zwischenzeitlich auch herausgestellt hat, haben auch jene österreichischen Banken, die der Wirecard AG Kredite gegeben haben, ihren Kunden Investitionen in Wirecard (etwa Anleihen der Wirecard AG oder Zertifikate mit Wirecard als Basiswert) empfohlen", so Aigner. "Ob bei diesen Beratungen ein haftungsbegründender Interessenskonflikt vorlag, wird im Einzelfall geprüft."

Der Kläger will sein in Wirecard-Aktien investiertes Geld samt 4 Prozent Zinsen zurück und will dafür seine Aktien zurückgeben. Braun habe "rechtswidrig und schuldhaft" gehandelt - er müsste im Speziellen für unrichtige Informationen über die wahren Finanz- und Wirtschaftsdaten der Wirecard AG haften.

Zur Summe die verlangt wird, wollten die Anwälte keine Angabe machen. Eingbracht wurde die Klage beim Bezirksgericht Kitzbühel in Tirol. (apa)